

AKW Mit energiepolitischen Zauderern in den zuständigen Bundesbehörden rückt Doris Leuthards Ausstieg in weite Ferne. *Von Felix Maise*

Aufsicht sieht anders aus

Noch vor zwei Jahren waren die Schweizer AKW-Betreiber guten Mutes: Ihre Pläne für den Ersatz der zwei ältesten Atommeiler in Mühleberg und Beznau kamen voran. Trotz Skepsis in der Bevölkerung und grosser Fortschritte bei den erneuerbaren Energien setzten Axpo, Alpiq und BKW unbeirrt auf den Atompfad. Und die zuständigen Bundesbehörden ebneten ihnen diesen Weg im langwierigen Bewilligungsverfahren Schritt für Schritt. Alles schien auf ein grosses Kräfte-messen in einer eidgenössischen Abstimmung hinauszulaufen. Und mit der von ihr seit je geschürten Angst vor einem Stromnotstand oder markant höheren Strompreisen wäre die Ausgangslage für die Stromwirtschaft durchaus günstig gewesen.

Doch Fukushima veränderte die Verhältnisse auf einen Schlag. Energieministerin Doris Leuthard erkannte die Zeichen der Zeit und setzte umgehend auf den Ausstieg. Das eidgenössische Parlament folgte ihr, und die Schweizer Stromwirtschaft stand vor einem Scherbenhaufen.

Stromkonzerne führen Regie

Die Anhänger der Atomenergie haben aber nicht aufgegeben. Aus AKW-Propagandisten sind inzwischen Bedenkenträger geworden, die nicht müde werden, die Unmöglichkeit eines wirtschaftlich verträglichen Atomausstiegs zu beschwören. Sie hoffen, dass Fukushima wie einst Tschernobyl mit der Zeit etwas in Vergessenheit gerät. Dann könnte es vielleicht doch noch zum Comeback der AKW-Technologie kommen.

Ein Kinderspiel ist der Ausstieg aus der Atomenergie in der Tat nicht: Es braucht dazu Rahmenbedingungen und vor allem den politischen Willen. Stark gefordert sind dabei die Bundesbehörden, allen voran das Bundesamt für Energie (BFE). Dort aber sitzen seit Jahren Spitzenbeamte, die sich nicht als Gestalter von Politik, sondern in erster Linie als Verwalter von Sachzwängen und Moderatoren zwischen den Konfliktparteien verstehen. Über viele Jahre haben sie sich mit der politisch bestens vernetzten Stromwirtschaft arrangiert. Diese bestimmt den Kurs der Schweizer Energiepolitik weitgehend.

Das zeigt sich besonders deutlich bei der Suche nach einem Tiefenlager für den Atomabfall. Nachdem die Nagra mit ihren Plänen am Wellenberg gescheitert und politisch diskreditiert war, übernahm das Bundesamt im schwierigen Dossier die Federführung.



Achtung Atomkraft? Das Ensi sieht keinen Grund zur Sorge. Foto: Keystone

Allerdings nicht in Eigenregie, sondern vorab als Ausführungsgehilfe der Nagra. Die fehlende, kritische Distanz der Bundesverantwortlichen zu den Stromunternehmen und ihrer Abfall-Genossenschaft führte dazu, dass der unabhängige Geologe Marcos Buser im letzten Monat unter Protest aus der Kommission für nukleare Sicherheit (KNS) austrat. Sowohl das BFE als auch das Eidgenössische Nuklearsicherheitsinspektorat (Ensi) würden nach der Pfeife der Atomindustrie tanzen, so nicht nur Busers Befund.

Vorgefasste Meinung

Neu ist das nicht: Vor Fukushima meldete die Atomaufsicht nie Zweifel an der Sicherheit der Schweizer AKW an. Und ihre erste Botschaft ist im Grund dieselbe geblieben: alles unter Kontrolle, kein Grund zur Sorge. Zuletzt hat das Ensi so eine frühere, beunruhigende Erdbebenrisiko-Studie korrigiert, indem erste Resultate «präzisiert» wurden, wie das Ensi erklärt. Auf ein günstigeres Niveau heruntergerechnet wurden, wie die Kritiker sagen.

Ensi-Direktor Hans Wanner hat seine Philosophie jüngst auf der Website seiner Behörde so umschrie-

ben: «Die Frage ist, welche Arbeitshypothese wir unserer Aufsichtsfunktion zugrunde legen. Zwei Varianten stehen zur Wahl: entweder «Die Schweizer Kernkraftwerke sind grundsätzlich sicher» oder «Die Schweizer Kernkraftwerke sind grundsätzlich unsicher». Wir gehen von der ersten Arbeitshypothese aus, die wir in einem laufenden, internen Prozess fortdauernd mit Daten und Fakten untermauern.»

Schöner hätte er nicht eingestehen können, dass das Ensi mit einer vorgefassten Meinung ans Werk geht. Ob das die beste Einstellung ist, Mängel in der AKW-Sicherheit zu finden und zu beheben? Auch der japanischen Atomaufsicht fehlte es nie an Vertrauen in die AKW-Betreiber und ihre Werke.

Im Ensi-Rat, dem Aufsichtsorgan des Sicherheitsinspektorats, sitzen Leute, welche die Defizite kennen und von den Atomkontrolleuren einen grundlegenden Kulturwandel erwarten. Kosmetische Reformen bei der Kommunikation reichen dazu nicht. Mit dem Personal, das Atomkraftwerke jahrelang für sicher und notwendig hielt, ist weder Vertrauen in die Atomaufsicht noch der Atomausstieg zu schaffen.